BVV Mitte / Fraktion Die Linke

Dringlichkeitsantrag

**Integrative BaE weiterhin anbieten – „Mitte in Arbeit“ fortsetzen!**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber dem Senat von Berlin sowie der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit Berlin-Brandenburg für ein bedarfsgerechtes Angebot an integrativer außerbetrieblicher Ausbildung (BaE) einzusetzen und entsprechende Gespräche mit allen Beteiligten aufzunehmen. Ziel ist es, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass Angebote der integrativen BaE sowie das in Kooperation mit dem Jobcenter Mitte gemeinsam finanzierte Projekt „Mitte in Arbeit“ zumindest im bisherigen Umfang weitergeführt werden können.

Gegebenenfalls wird das Bezirksamt ersucht, sich direkt an die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg zu wenden, um eine Ausnahmegenehmigung für die Fortführung des mischfinanzierten bezirklichen Projektes „Mitte in Arbeit“ zu erwirken.

Begründung:

Es gibt jedes Jahr in unserem Bezirk eine erhebliche Zahl junger Menschen, die große Probleme beim Übergang von der Schule in Ausbildung haben. Multiple Problemlagen erfordern individuelle Lösungen, um eine Eingliederung in Ausbildung und Arbeit zu erreichen. Auf der Grundlage vielfältiger Erfahrungen und konkreter Bedarfslagen entstand vor einigen Jahren das Projekt „Mitte in Arbeit“, um betroffenen Jugendlichen durch die Bündelung der Ressourcen von Jobcenter und Jugendamt bestmögliche Chancen für Ausbildung, Beruf und ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von staatlichen Transferleistungen zu eröffnen. Diese Zusammenarbeit ist bedroht, da die Regionaldirektion für Arbeit Berlin-Brandenburg plant, die integrative außerbetriebliche Ausbildung stark einzuschränken und „Mitte in Arbeit“ die Grundlage zu entziehen. Gründe für dieses Vorgehen sind nicht nachvollziehbar. Dies auch unter dem Aspekt, dass die beabsichtigte Gründung von bezirklichen Jugendberufsagenturen die Fortführung erfolgreicher bezirklicher Projekte und Maßnahmen ausdrücklich ermöglichen soll. Das Bezirksamt wird daher ersucht, alles zu unternehmen, um jungen Menschen auch im Rahmen von „Mitte in Arbeit“ künftig eine individuell ausgerichtete außerbetriebliche berufliche Ausbildung, die kooperativ finanziert wird, anzubieten. Falls die Gespräche auf Ebene des Landes Berlin nicht erfolgreich sind, ist gegenüber der Bundesagentur für Arbeit auf eine Ausnahmeregelung für die Fortführung der integrativen BaE und das mischfinanzierte Projekt „Mitte in Arbeit“ hinzuwirken.

Berlin, 18. März 2014

Petra Schrader und die anderen Mitglieder der Fraktion Die Linke